



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Tel.: 0221 / 169 65 07  
Mail: [kontakt@lobbycontrol.de](mailto:kontakt@lobbycontrol.de)  
Web: [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

## Pressemitteilung

### **NGO-Bündnis fordert Offenlegung der Prüfkriterien und die Überprüfung aller Sponsoringverträge ab 2007**

*Scharfe Kritik an Bundestagspräsident Lammert / Persilschein für Sponsoringverträge in Sachsen und NRW trotz fehlender Maßstäbe / Unabhängige Kontrolle der Parteifinanzen gefordert*

Berlin, 8. April 2010. Die Organisationen LobbyControl, Mehr Demokratie, Campact und Transparency International Deutschland haben heute bei einem gemeinsamen Pressegespräch in Berlin die Parteien aufgefordert, alle Sponsoringverträge ab dem Jahr 2007 offen zu legen.

Die Bundestagsverwaltung hatte in einer Pressemitteilung festgestellt, dass die Sponsorenzahlungen und Gegenleistungen in NRW und Sachsen in einem angemessenen Verhältnis zu einander gestanden hätten. "Wir fordern den Bundestagspräsidenten auf die Maßstäbe für diese Beurteilung offenzulegen, zumal der Bundestagspräsident eine Überprüfung von Sponsoringverträgen der FDP aus 2006 angekündigt hat."

Die Organisationen fordern Aufklärung darüber, ob nicht große Teile der Einnahmen aus dem Parteisponsoring jahrelang falsch verbucht worden seien. Zudem zeige der Vorgang, dass die Kontrolle der Parteifinanzen beim Bundestagspräsidenten nicht gut aufgehoben sei. Stattdessen müsse künftig eine unabhängige Stelle über die Einhaltung des Parteiengesetzes wachen.

Die Organisationen sehen jede Sponsoringzahlung, die über marktübliche Standmieten und Anzeigenpreislisten hinausgeht, als Parteispende an. "Parteisponsoring ist nicht geeignet, einen allgemeinen positiven Werbeeffect für Unternehmen zu erzielen. Für die zurückliegenden

Sponsoringleistungen ist nachträglich zu prüfen, ob Sanktionen gegen die Parteien wegen falscher Verbuchung verhängt werden müssen", sagte Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Das Partei-Sponsoring sei als mögliche Umgehungsstrategie für die Parteienfinanzierung bereits seit Jahren bekannt und werde in

Fachkreisen wie auch von parlamentarischen Gremien diskutiert. Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland: "Trotz dieser jahrelangen Befassung ist in Sachen Sponsoring nichts passiert. Diese Unterlassung unterstreicht, dass die Aufsicht der Parteienfinanzierung beim Bundestagspräsidenten nicht in guten Händen ist. Gerade wenn jetzt nachträglich Sponsoringvereinbarungen geprüft werden müssen, sollte dies unabhängig und nach öffentlichen Maßstäben erfolgen."

"Dass Herr Lammert in den abstrusen Fällen von Rent-a-Ministierpräsident, wie sie in Sachsen und auch NRW ans Licht kamen, nur eine Frage schlechten Stils sieht, können wir nicht nachvollziehen", erklärte Elmar Wigand von LobbyControl. "Es sind von Seiten des Bundestagspräsidenten zwei Ziele deutlich erkennbar: Erstens soll auf Zeit gespielt werden, um das Thema Sponsoring vor der Landtagswahl in NRW zu beruhigen, zweitens will man das Problem offenbar nur kosmetisch behandeln und nicht wirklich an die Substanz gehen."

"Ohne öffentlichen Druck wird sich nichts ändern. Wir fordern deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an unserer Kampagne für eine Verschärfung der Sponsoring-Regeln zu beteiligen", sagte Yves Venedey von Campact. Auf den Internetseiten [www.parteifinanzieren.de](http://www.parteifinanzieren.de) und [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de) haben die vier Organisationen bereits über 20.000 Unterschriften für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung gesammelt. Am 21. April sollen die Unterschriften an die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien übergeben werden.

--

Wenn Sie in den Presseverteiler von LobbyControl ein- oder ausgetragen werden wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail an [presse@lobbycontrol.de](mailto:presse@lobbycontrol.de)